

25.08.2009

Gerhard Spannbauer

www.krisenvorsorge.com

Nach der Wahl kommen die Karten auf den Tisch!

Was Politiker uns bisher verheimlichen und von vielen vermutet wird, offenbarte am 24.08.2009 MAN-Konzernchef Hakan Samuelsson im Interview mit der Financial Times Deutschland. „Deutschland ist momentan vor Veränderungen sicher. Aber nach der Wahl wird sich die Botschaft ändern. Das ist ganz normal.“ Wie die Zeitung auch aus den Gesprächen mit anderen Spitzenmanagern schlussfolgert, gebe es eine Art Stillhalteabkommen zwischen Wirtschaft und Regierung, das einen größeren Arbeitsplatzabbau verhindere. Doch diese Übereinkunft gilt offenbar nur bis zur Bundestagswahl am 27. September.

Wie die FTD feststellte, verzichten bislang die meisten Unternehmen auf Stellenstreichungen, was von der Bundesregierung mit dem milliardenschweren Kurzarbeitsprogramm gefördert wird. Aber immer mehr Wirtschaftslenker und -Experten hegen Zweifel an diesem Kurs. In den Interviews mit der FTD kommen die Gründe dafür aus Managementsicht glasklar auf den Tisch.

Im Maschinenbau und in der Automobilindustrie bestünden erhebliche Überkapazitäten, denen mit Kurzarbeit nicht beizukommen sei. „...die Unternehmen haben richtig zu leiden“, wie Unternehmer Reinhold Würth es ausdrückt. Denn bevor der Staat mit Kurzarbeitergeld beispringt, müssen die Unternehmen eine Zeit lang die sozialen Lasten selbst schultern.

Was den Managern laut FTD besonders zu schaffen macht: „In punkto Produktivität haben die deutschen Unternehmen zuletzt deutlich an Boden verloren. Vor allem im Vergleich zur US-Industrie, die die Krise zur Sanierung genutzt hat.“ Das Stillhalteabkommen mit der Regierung erweise sich immer mehr als ein Bremsklotz bei der notwendigen Anpassung der Wirtschaft (Wahrscheinlich ist der Begriff „gesund schrumpfen“ hier der geeignetere Ausdruck.). Laut Samuelsson verliert Deutschland in vielen Fällen bei der Umstrukturierung wertvolle Zeit. Die US-Industrie sei im Anpassen schneller.

Stellenabbau nach der Wahl

Viele Menschen hatten nach dem Krisenausbruch 2008 immer wieder geglaubt, dass das dicke Ende nach der Wahl zum Bundestag kommen werde. Das veranlasste die Regierungsparteien der CDU und SPD immer wieder zu empörenden Dementis. Doch was die FTD-Journalisten von den Wirtschaftslenkern erfahren haben, bestätigt genau diese Befürchtungen und gibt Grund zur Besorgnis.

Was Samuelsson dazu bewog, den Deal mit der Regierung zuzugeben, sei dahin gestellt. Vermutlich steht dahinter die Absicht, Stück für Stück reinen Wein einzuschenken, denn die Krisenbewältigung kann nicht ewig so weitergehen wie bisher. Die Deutschen sind vor Veränderung eben nicht sicher. Also werden die Leute allmählich darauf eingestellt, dass die Uhren nach der Wahl anders ticken sollen. Dann wird Klartext geredet und beim Arbeitsplatzabbau nicht mehr gezauert. Irgendwann müssen schließlich dem Volk die Rechnungen aus Bankenkrise und Rezession präsentiert werden.

Was uns im Oktober erwartet

Gleichgültig, welche Regierung nach der Wahl amtieren wird, die wirtschaftlichen „Sachzwänge“ werden sich nicht länger mit Finanzhilfen verbergen lassen. Die Unternehmen werden ungeniert und ohne Rücksicht auf eine ihnen genehme Regierung daran gehen, „personelle Überkapazitäten“ abzubauen. Die Samthandschuhe werden der Vergangenheit angehören. Es wird nicht nur nach Klassenkampf riechen...

Es geht schlicht um die Verteilung der Lasten für die Krise. Selbst der Konjunkturschattenrat geht von einem steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, auch wenn er fünf Millionen Arbeitslose im Winter 2010/2011 für eher unwahrscheinlich hält. Ein riesiges Staatsdefizit muss finanziert werden. Im ersten Halbjahr 2009 ist es auf 17,3 Mrd. € angewachsen (ohne die diversen Sonderhaushalte –Soffin etc.). Die Unternehmer hoffen auf Steuererleichterungen oder Eigenkapitalhilfen. Die Banken müssen über Wasser gehalten werden. Das geht nicht ohne unpopuläre Einschnitte und Umverteilungen ab. Es wäre nicht verwunderlich, wenn bald die nächste

Mehrwertsteuererhöhung beschlossen würde. Immerhin hatte vor einiger Zeit schon mal jemand 25 % in die Diskussion geworfen.

Ich halte es auch für wahrscheinlich, dass trotz allen Wahlkampfgetöses und Theaterdonners im Oktober SPD und CDU wieder gemeinsam die Regierung bilden. So bleibt aus der Sicht der wirklich Mächtigen Deutschland mit einer stabilen parlamentarischen Mehrheit regierbar, selbst wenn es heiß hergehen sollte. Obendrein müssen die Regierenden dann die „Suppe“ auslöffeln, die sie sich mit ihrer Hinhaltetaktik eingebrockt haben. Wohl bekomm´s.

Fazit

Ab Oktober wird die Krise mit ihren Folgen viele Menschen hart treffen. Auch soziale Explosionen sind dann nicht ausgeschlossen. Diese Warnsignale sollte jeder nutzen und die entsprechende Krisenvorsorge frühzeitig treffen. Wie Sie sich für alle Fälle richtig absichern, ist in meinem Buch **„Finanzcrash – die umfassende Krisenvorsorge“** genau beschrieben. Sie sollten unbedingt in diesen vier Bereichen vorsorgen: 1. Sicherung der Einkommensquelle(n). 2. Rettung Ihrer Ersparnisse sowie Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit. 3. Persönliche Vorräte und Selbstversorgung sowie 4. Maßnahmen für die eigene Sicherheit. Wenn Sie in diesen Bereichen eine gute Vorsorge treffen, sind Sie sicher, egal was auch immer kommen mag.

Gerhard Spannbauer

Ich betreibe die Seite <http://www.krisenvorsorge.com> und weise auf eine umfassende Krisenvorsorge hin, die auf vier Säulen basiert: 1. Sicherung der Einkommensquelle(n) 2. Schutz der Ersparnisse 3. Persönliche Vorräte und 4. Maßnahmen für die eigene Sicherheit.

© 2009 Gerhard Spannbauer Dieser Artikel darf nur unverändert und mit Angabe der Urheberschaft weiter verbreitet werden.